

31. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr von Engpässen im Stromnetz und möglichen Stromausfällen in den Monaten Mai bis Juli 2011, und welche Maßnahmen hält sie im Zusammenspiel mit Bundesnetzagentur und Netzbetreibern für erforderlich, um solchen kritischen Situationen vorzubeugen?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 26. April 2011**

Die Bundesnetzagentur hat im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk-Moratorium kurzfristig einen Bericht über die Auswirkungen auf die Übertragungsnetze und die Versorgungssicherheit erstellt. Die Analyse der Bundesnetzagentur hat ergeben, dass die Netzsituation für die Dauer des Moratoriums vermutlich beherrschbar bleiben wird. Engpässe können aber insbesondere bei veränderten Randbedingungen, wie zum Beispiel Kraftwerksrevisionen oder extremen Wettersituationen, auftreten. Für die Übertragungsnetzbetreiber besteht zudem ein deutlich erhöhter Koordinationsaufwand im operativen Betrieb. Dies kann dazu führen, dass die Übertragungsnetzbetreiber auf Grundlage der bestehenden Instrumente nach § 13 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) öfter in das Kraftwerkssystem steuernd eingreifen müssen, um die Systemsicherheit aufrechtzuerhalten.

32. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung in Bezug auf die Lieferung von Waffen an die oppositionellen Kräfte in Libyen (vgl. CNN-Interview mit dem Emir von Katar vom 14. April 2011), und in welcher Form wurde die Verbringung welcher deutschen Waffen bzw. Komponenten (beispielsweise als Teil des Panzerabwehrlenkflugkörpers MILAN) durch sie genehmigt?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernhard Heitzer
vom 27. April 2011**

Die Bundesregierung verfügt über keine – über Presseberichte hinausgehende – Kenntnisse über die Belieferung der oppositionellen Kräfte in Libyen mit Waffen durch andere Länder. Sie kann daher auch nicht bestätigen, dass es Lieferungen von MILAN-Panzerabwehrflugkörpern gegeben hat. Deutsche Genehmigungen wurden in diesem Zusammenhang nicht erteilt.